



Vierteljähriger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl.
Porto 2 Thlr. 11½ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer
zweitzähligen Seite in Beitschrift 1½ Sgr.

Nr. 537. Mittag-Ausgabe.

Diebundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 16. November 1855.

Deutschland.

Berlin, 14. November. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Major von Walther im 2. Schlesischen Dragoner-Regiment Nr. 8 den rothen Adler-Orden vierter Klasse mit Schwertern verliehen und den bisherigen Landratsamts-Verweser, Regierungs-Assessor Liman, zum Landrath des Kreises Schildberg, Regierungs-Bezirk Posen, ernannt.

Der Landgerichts-Referendarius Crles zu Laden ist auf Grund der bestandenen dritten Prüfung zum Advocaten im Bezirke des königl. Appellationsgerichtshofes zu Cöln ernannt worden. — Der Lehrer an der königlichen Gewerbe-Akademie hier selbst, Dr. Herzer, ist zum Lehrer an der mit der hiesigen königl. Akademie der Künste verbundenen Kunst- und Gewerbeschule ernannt worden. (St. Anz.)

[Graf Bismarck über amerikanische Verhältnisse.] Als Curio sum mag erwähnt werden, was der Berliner Correspondent der New-Yorker „Tribune“ über eine Unterredung berichtet, welche er angeblich mit dem Grafen Bismarck gehabt. Die Unterhaltung verführte hauptsächlich amerikanische Verhältnisse. „In unseren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten“, sagte Graf Bismarck, „war ich mir immer klar. Die preußische Junksparate, zu der man mich rednet, sucht beim Ausdruck des amerikanischen Krieges den König zu bestimmen, daß er den Süden anerkenne. Ich habe unbefangen gearbeitet, da ich stets den Norden für den wahren Verbündeten Preußens gehalten habe, und er mit dem Süden nichts gemein habe. Die preußische Regierung hat in ihrer Freundschaft für die amerikanische nie geschwankt.“ Diese Worte sprach er im selbstbewußten Ton und seine Augen leuchteten mehr wie gewöhnlich. „Diese unsere Politik ist traditionell“, fuhr er fort, „Friedrich der Große war, wenn ich mich recht erinnere, der erste europäische Souverän, der Ihre Unabhängigkeit anerkannte. Ich bin herzlich froh, daß Amerika unsere Freundschaftsgesinnung versteht und erwidert.“ Hier schaltete er eine Bemerkung ein, die wenigstens mir neu war und, wie ich glaube, auch nicht in Amerika bekannt ist. „Beim Beginne unseres Krieges“, sagte Bismarck, „war Österreich zur See stärker als wir und Italien war uns noch nicht gesichert. Da machte man mir den Vorwurf, daß einflussreiche Seesoffiziere des Südens mit 5000 Mann und passenden Schiffen sich mit uns verbinden sollten. Sie würden nicht als konföderierte Marine, sondern als Private zu uns stoßen, und es waren in dem Anerbieten die Namen der vorragendsten Offiziere genannt. Ich verriet die Sache mit Ihrem Gesandten, um zu erfahren, ob die Annahme einer solchen Offerte die amerikanische Regierung befriedigen würde, und Mr. Wright berichtete darüber nach Washington. Er erhielt Instructionen, die Sache zu hinterreiben, und so erklärte ich jogleich, nichts mit dem Anerbieten zu thun haben zu wollen.“

[Die Genesung des Herrn Ministers v. Selchow] nimmt zwar einen langsamem, aber doch erfreulichen Fortgang; doch war das Befinden des Herrn Ministers noch nicht von der Art, daß er der an ihn ergangenen Einladung zur Eglinger Jagd hätte Folge leisten können.

[Im Abgeordnetenhaus] findet morgen, Freitag, Vormittag um 11 Uhr, eine Plenarsitzung statt, in welcher zunächst zwei Schriftführer gewählt, dann über die geschäftliche Behandlung des Budgets berathen und beschlossen werden soll, endlich aber zwei Petitionsberichte zur Erledigung gelangen werden.

[Die Handelsherren Anselm, Salomon u. Nathaniel, Frhrn. v. Rothschild]. Vater und Söhne, petitionieren bekanntlich bei dem Gemeinderat von Wien, zu deren Ehrenbürgern Ersterer, wie bekannt, bereits gehört, um Ertheilung der Zuständigkeit von Wien, bezüglichweise der österreichischen Staatsbürgerschaft. Bisher bekanntlich nach Frankfurt a. M. gebürgt, wünschen dieselben aus dem preußischen Anerkennungsverbande zu treten. Der Zweck dieses Heimathwechsels ist nach der „B. B.-Ztg.“ jedenfalls nur der, die Herren, die durch ihr Domicil in Wien hinderten sind, an den Rechten der preußischen Staatsbürgerschaft zu verzichten, von Verpflichtungen zu befreien, die ihnen als solche obliegen würden. Es wird demselben Blatte bei dieser Gelegenheit auf's Neue versichert, daß an ein Verlassen des Siges in Frankfurt seitens der Firma Rothschild nicht gedacht wird.

[Die „Zulunft“] Wie die „Reform“ vernimmt, wird an der Redaktion der „Zulunft“, welche Joh. Jacobi zu begründen trachtet, der frühere Redacteur der „Preuß. Litt. Ztg.“, B. Stein, neben Dr. G. Weiß, Theil nehmen.

[Die hannoverschen Beamten.] Wie bereits teleg. gemeldet, schreibt die „Kreuzzettlung“: Es fällt hier allgemein auf, daß unter der durch die Zeitungen bekannt gemachten Resolution eines Theiles der hannoverschen Ritterschaft, die wir schon charakterisiert haben, auch mehrere Beamten sich befinden. Man ist geneigt, solche Unterschrift als ein Abschiedsgeschenk zu betrachten.

[Stedtbriefs-Erledigung.] Der unterm 26. Mai 1864 gegen die Schriftstellerin Rosa Ludmilla Assing erlassene und unterm 23. Mai d. J. erneuerte Stedtbrief hat nach einer Anzeige des Berliner Stadtgerichts durch die Allerhöchste Amnestieordre vom 20. September d. J. seine Erledigung gefunden.

○ Berlin, 15. Nov. [Die Friedensverhandlungen mit Hessen-Darmstadt. — Der Handelsvertrag mit Österreich. — Die Freiheitlichkeit.] Die Commission, welche zur Regelung der wechselseitigen Uebergabe der im Friedensvertrage vom 5. September abgetretenen Gebiete zwischen Preußen und dem Großherzogthum Hessen abgesandt war, hat, wie längst gemeldet, ihre Thätigkeit schon seit einiger Zeit begonnen und zwar seit dem 29. October. Die Commission, welche bekanntlich aus 3 preußischen und 4 großherzoglich hessischen Commissaren besteht, hatte zunächst die Formalitäten ihrer Constituierung zu erledigen und wurde der Voritz einem preußischen Bevollmächtigten, dem Geh. Ober-Reg.-Rath Ribbeck, übertragen. In erster Linie verständigte man sich über die Hauptgesichtspunkte der Auseinandersetzung im Allgemeinen und erkannte es als dringlich, dem Zwischenzustande in den von Preußen occipierten und durch den Friedensvertrag an Preußen abgetretenen Theilen des Großherzogthums ein Ende zu machen und deshalb die vollständige Uebernahme der Landeshoheit mit ihren Consequenzen für Verwaltung und Justiz sofort anzuführen, wogegen Zug um Zug auch an die großherzogl. hessische Regierung die derselben stipulierten ehemaligen kurhessischen, nassauischen und Frankfurter Enclaven übergeben werden sollten. Die Ausführung dieser Grundsätze hat auch schon begonnen; am 1. November hat auf dem Residenzschloß zu Homburg die Uebernahme der Landgrafschaft Hessen-Homburg nebst dem Oberamte Meisenheim, am 9. die der vom oberhessischen Kreise Vilbel an Preußen abgetretenen Bezirke Rödelheim und Niederursel seitens der Krone Preußen stattgefunden. Am 10. und 11. fand die Uebergabe von verschiedenen an Hessen-Darmstadt abgetretenen Parzellen statt; die Vollziehung der weiteren Uebergaben dürfte noch etwa 8—14 Tage in Anspruch nehmen. Zugleich mit dem Uebergabeact ist der Uebergang der Verwaltung und Justiz auf die neue Landeshoheit in's Leben getreten. Uebrigens hat sich in den neuen Landesteilen, besonders Homburg und Meisenheim, nach den hier eingegangenen Berichten eine sehr preußenfreundliche, entgegenkommende Gesinnung befunden. — Die schon gestern von verschiedenen Zeitungen erwähnte österreichische Depesche vom 8. Nov., welche auf Art. 13 des Prager Friedensvertrages gestützt beantragt Verhandlungen wegen einer Revision des Handels- und Zollvertrages vom 11. April 1865 zu eröffnen, ist natürlich auch zur Kenntnis der hiesigen Regierung gelangt. Es versteht sich von selbst, daß diese bereit ist, auf diese Verhandlungen einzugehen, aber es muß zuvor dererst diese Angelegenheit an die Fachministerien abgegeben werden und erst wenn diese Bericht erstattet haben, wird es möglich sein, die Verhandlungen zu

beginnen. Die Staatsregierung läßt es sich angelegen sein, nach der Einverleibung der neuen Provinzen nach dem Gesetz vom 20. Septbr. auch auf dem Gebiete der Freiheitlichkeitsgesetzgebung die Consequenzen zu ziehen, welche dem Interesse der alten und neuen Landesteile entsprechen. Was besonders die Anerkennung der gegenseitigen Freiheitlichkeit anlangt, so ist constatirt worden, daß es nur einer ausdrücklichen Anerkennung, nicht einer neuen gesetzlichen Anordnung bedarf. Die vollzogene Bestreitigung auf Grund des Gesetzes vom 20. Septbr. macht der früheren staatlichen Existenz der neuen Provinzen ein Ende und nimmt sie als Theile des preußischen Staates auf; es versteht sich also von selbst, daß das Verhältniß ihrer besonderen Staatsangehörigkeit mit diesem Acte aufgehoben hat. Es fallen damit auch alle Hindernisse fort, welche der Niederlassung von Angehörigen eines Gebietes auf dem anderen bisher entgegenstanden, und es darf solche Niederlassung in Zukunft nur nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen beurtheilt und behandelt werden. Durch eine Verfügung des Ministers des Innern sind die Behörden der neuen Provinzen mit den bezüglichen Anweisungen versehen worden und von Seiten der Minister der Finanzen und des Handels sind die gleichen Grundätze in Bezug auf die Befugnisse zum Gewerbebetrieb als natürliche Consequenz der vollzogenen Einverleibung aufgestellt worden.

Reservit, 13. November. [Strafantrag.] Der der katholischen Geistlichkeit von verschiedenen Seiten gemachte Vorwurf, sie habe während des Krieges mit Österreich in Preußen Gelder gesammelt und nach Österreich geschickt, hat den Propst an der hiesigen katholischen Kirche, Gogol, dessen lohale Gestaltung übrigens über jeden Zweifel erhaben ist, veranlaßt, bei der l. Staatsanwaltschaft die Bekraftung eines ländlichen Pastors zu beantragen, der selbstverständlich im trühenen Muthe im Kriege geäußert hatte, die katholischen Geistlichen hätten an dem Kriege Schuld und Geld nach Österreich geschickt.

(N. Pr. 3.)

Hannover, 14. Novbr. [König Georg. — Die Offiziere.] König Georg will den Winter in Wien mit dem Prinzen Ernst August und der Prinzessin Friederike zubringen und hat sich von hier das Inventar zur Einrichtung der Hofhaltung schicken lassen. Was sich hier noch vom Hofhalte findet, wird aufgelöst oder reducirt: so sollen im nächsten Monate aus den königl. Marställen und Privatgestüten über 200 Pferde,

ferner Wagen und Geschirre verkauft werden. Trotzdem hier ein Hof-Jagdamt bleiben soll, wollen doch die bisherigen Jägermeister u. ihre Aemter nicht ferner beibehalten. Der Generaladjutant Oberst Dammers wird erst Ende der Woche nach hier zurückkommen, da er bislang in Wien nur selten Gelegenheit gehabt hat, den König Georg über die dringende Frage zu sprechen. In den Kreisen unserer Offiziere ist die Stimmung wieder eine bessere geworden, weil ihnen die Aussicht erhoffnet sein soll, zu einem großen Theil in der sächsischen Armee Anstellung zu finden und man annimmt, daß König Georg zu diesem Zwecke sie von ihrem Eide entbinden wird. Die sächsische Armee bedarf zu der beabsichtigten Augmentation um 8 Bataillone Infanterie, 2 Regimenter Cavallerie u. etwa 250 Offiziere, so daß fast alle fünfzehn hannoverschen Offiziere dort eingestellt werden könnten, während die älteren unter möglichst günstigen Bedingungen ihre Pensionirung zu erreichen suchen würden. Sollte sich übrigens auch dieser Plan verwirklichen, so muß doch noch für die Unteroffiziere und Mannschaften, die zum Wiedereintritt in den militärischen Dienst aufgesordert werden, die Entbindung vom Fahnenende erfolgen. (N. 3.)

Dresden, 15. Nov. [Die Thronrede] lautet:

„Meine Herren Stände!

„Nach einer kurzen, aber inhalts schweren Zwischenzeit sehe Ich Sie heute wieder um Mich verjammelt.“

Ein blutiger Krieg hat in Deutschlands Fluren gewütet und Mich zu monatelanger Trennung von der heimischen Heimat genötigt. Zwar mit tiefem Kummer über die schweren Opfer, welche das Land hat bringen müssen, Ich in Ihre Mitte zurückgekehrt, aber doch gestärkt von dem Bewußtsein, nur das Gute gewollt zu haben, und gehoben durch die Überzeugung, daß Sachsen Ehre allenfalls ungefährdet geblieben ist und vor Allem durch den Blick nach oben, von wo die rechte Hilfe niemals fehlt.

„Chreboll und tapfer, selbst bei schwerem Misserfolg, hat das sächsische Heer gefämpft und mit Ergebung und Pflichttreue die schwierigen Aufgaben gelöst, die ihm bei seinem Austritte aus dem Lande und bei seiner Rückkehr in dasselbe gesetzt waren.“

„Unermüdlicher treu und von weiser Besonnenheit hat sich die sächsische Bevölkerung aller Klassen bewiesen und so der Welt gezeigt, daß die Unabhängigkeit an ein angestammtes Fürstenhaus noch immer mehr als ein leeres Wort ist.“

„Durch die Begebenheiten der letzten Zeit ist das Band gelöst worden, welches bisher die deutschen Stämme umschloß und an dem Ich bis zu Ende treu gehalten habe. Sachsen tritt nunmehr in ein neues Bundesverhältniß ein, dessen Gestaltung in Kürze unter Theilnahme eines Parlamentes aus den befreiten Staaten festgestellt werden wird.“

„So wie es Mein fester Entschluß ist, dem norddeutschen Bunde, der unter Preußens Leitung sich bildet, und allen eingegangenen Verpflichtungen dieselbe Treue zu bewahren, die Ich dem alten Bunde gehalten habe, so wird es auch nunmehr unsere gemeinsame Aufgabe sein, diesem neu sich bildenden Verhältnisse mit frischer Muße, mit Offenheit und aller Nidlichkeit entgegenzutreten, und für seine günstige Gestaltung auch anderweitige Opfer nicht zu scheuen. Es werden Ihnen daher, Meine Herren Stände, zunächst die hierauf sich beziehenden dringendsten Vorlagen gemacht werden. Vor Allem wird der mit der Krone Preußen abgeschlossene Friedensvertrag Ihnen mitgetheilt werden, um, soweit solches verfassungsmäßig nötig, Ihre nachträgliche Zustimmung zu demselben zu erlangen, sowie auch gleichzeitig über die zu Erfüllung der eingegangenen pecuniären Verbindlichkeiten erforderlichen finanziellen Maßregeln die entsprechende Vorlage erfolgen wird.“

„Ein zweiter unauffindbarer Gegenstand ist die Erlassung eines neuen Gesetzes über Erfüllung der Militärpflicht. Da das sächsische Heer künftig bestimmt ist, einen integrierenden Theil des norddeutschen Bundesheeres zu bilden, so ist zu der na h § 3 des Friedensvertrages angelindigten Neorganisierung eine Anpassung unseres Heerergängungsweisen an die königl. preußischen dienstlich bewährten Einrichtungen der erste vorberathende Schritt, der ungeläufig in's Leben geführt werden muß.“

„Gleich wird noch der Entwurf eines Wahlgesetzes für das norddeutsche Parlament Ihnen vorgelegt werden und einer baldigen Erledigung bedürfen. Die in Folge der veränderten Bundeseinrichtungen nötig werdenden Umänderungen der Verfassungsurkunde und des Wahlgesetzes unsers engern Vaterlandes, sowie die definitive Feststellung unsers Staatshaushaltes hängen so eng mit der Organisation des norddeutschen Bundes zusammen, daß sie nicht eher bei der Standesversammlung zur Beratung kommen können, als bis man über jene Organisation im klaren ist. Es wird sich daher nach der Erledigung der gedachten und einiger andern dringenden Geschäfte eine Unterbrechung Ihrer Thätigkeit durch Vertagung nötig machen. Wenn hier nach der geeignete Augenblick zu Ihrem Wiederzusammentritt eingetreten sein wird, werden sodann neben den erwähnten Beratungsangelegenheiten noch mehrere längst gesetzte Gesetze zur Vorlage gelangen können.“

„Ich rechne hierzu zunächst die bereits von den Zwischen-deputationen bearbeitete Kirchenordnung für die evangelisch-lutherische Landeskirche. Die auf dem letzten ordentlichen Landtag zu Sprache gekommene Einführung von Geschworengerichten für Criminalachen ist Gegenstand näherer Erwagung.“

gewesen, die Mich zu dem Entschluß geführt hat, ein Gesetz zu Einführung jenes Instituts unter Benutzung der in andern Ländern gemachten Erfahrungen bearbeiten zu lassen. Diese Arbeit, deren zeitige Inangriffnahme durch die Zeitumstände gehindert worden ist, wird Ihnen nach Ihrem Wiederzusammentreffen vorgelegt werden.

„So hoffe Ich denn, im Vertrauen auf Gott und Ihre bewährte patriotische Mitwirkung, daß dieser Landtag, der am Eingang einer neuen Zeit steht, zu Förderung des Wunders des Landes beitragen und unterm engern und weitern Vaterlande manches Gute bringen und noch Mehreres vorbereiten wird.“

Coburg, 12. Nov. [Der Prinz Friedrich von Augustenburg] traf, wie die „Cob. Ztg.“ meldet, heute zum Besuche am hiesigen Hofe ein.

Fürstenthum Lippe, 12. Nov. [Wahlgesetz.] In der gestrichenen Nummer unseres „Regierungs- und Anzeigeblaßes“ ist das Gesetz für die Wahl eines Abgeordneten zum norddeutschen Reichstag bereits publiziert worden.

Marburg, 13. Nov. [Zur Reichstagswahl.] Der „Ausschuss des Comités zur Aufstellung des Herrn Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck als Candidaten“ für die von der Provinz Oberhessen demnächst vorzunehmende Wahl eines Abgeordneten zum norddeutschen Reichstag (Parlament) veröffentlicht in einem Aufrufe sein Programm und fordert zum Beitritt zu demselben auf. In dem Programme heißt es:

1) In erster Linie soll die Wahl des Herrn Grafen v. Bismarck bezeugt werden, daß die Provinz Oberhessen sich aufrichtig und vertrauensvoll den neuen Verhältnissen anschließen will. Den Beweis hieron glaubt sie nicht besser liefern zu können, als durch die Wahl des großen Staatsmannes, der die Politik Preußens trägt und leitet. 2) Dann aber soll die Wahl Bezeugt davon ablegen, daß wir auch insbesondere die Bestrebungen des Grafen von Bismarck in der allgemeinen deutschen Angelegenheit anerkennen und in ihren Consequenzen unterstützen wollen, damit Deutschland zur erwünschten Einheit gelangen möge. 3) Diese Wahl soll ferner dem Auslande gegenüber Bezeugt geben, daß wir jetzt entschlossen sind, jeder Bestrebung, welche gegen die neuen Verhältnisse und unsern Verband mit Preußen gerichtet sein möchten, entschieden entgegenzutreten u. s. w.

Der Ausschuss besteht aus folgenden Personen: Ch. Bang, Schreibermeister. Brauns, Staatsprocurator. Ilse, Professor. Lagrèze, Postsekretär. Loh, Mühlenbesitzer. Melde, Professor. John Schneider, Kaufmann.

Amerika.

Philadelphia, 30. October. [Über die Politik des Präsidenten] äußert sich der hiesige Correspondent der „Times“ wie folgt:

„In den vereinigten Staaten herrscht im gegenwärtigen Augenblick ein gesunderes Gefühl, als seit verschiedenen Monaten vorlag; es ist das Gefühl der Mäßigung. Beide Parteien scheinen der gleichen Ansicht zu sein, daß das Endresultat des jetzigen Kampfes die Niederlage der Politik des Präsidienten sein wird und unter dieser Voraussetzung rüsten sich die Verständigen auf beiden Seiten, um der Überfürstung unrühiger Körpe und einem Zusammenschluß vorzubeugen. So scheint es, haben die Republikaner schon ihre extremsten Genossen im Sacke gelassen und werden sich in ihrer Partei-gemeinsam mit der Annahme des constitutionellen Amendements begnügen, während die Demokraten, obwohl noch dagegen eifern, sich eher dabei begnügen, als Blut vergießen werden. Von einer Anklage gegen den Präsidenten spricht man noch immer und man wird sie ohne Zweifel verurtheilen, indem sie allgemeine Ansicht ist, des Präsidenten jährliche Verteilung werde ein neues, dem constitutionellen Amendment so ähnliches System empfehlen, daß die Republikaner es annehmen und keine Anklage würden aufkommen, wenn der Präsident ehrlich bei seinem neuen Plane bleibt. Da es eine hoffnunglose Sache für ihn ist, den Kampf mit dem Congress aufzunehmen, so bleibt dem Präsidenten nichts übrig, als den Weg der Versöhnung einzuschlagen. Die Vereinigten Staaten brauchen Frieden, und das Bedürfnis des Friedens ist größer wegen ihrer finanziellen und commerziellen Lage, größer als der Schade der den Staaten des Südens aus dem Verlust eines Drittels ihrer Stimmen erwachsen wird. Bei den jetzigen verbliebenen Geselln sollte der Präsident und die gemäßigten Republikaner, die in ihren Grundsätzen einander so nahe kommen, wohl im Stande sein, einen Compromiß zu vermitteln, der von der Mehrheit des Volkes unterstützt, von dem Süden angenommen werden würde und so diesem Streite ein Ende machen dürfte. Dabei würde der Präsident eine populäre Politik nach außen ungemein unterstützen. Die Wiederaufnahme und voraussichtlich befriedigende Erledigung der Alabamafrage, die Beschwichtigung der Senier, das Verdrängen Maximilians aus Mexico durch diplomatische Mittel und die Aufrechterhaltung der Monroe-Doctrine sind Gelegenheiten, die es dem Präsidenten leicht machen, seinen verlorenen Boden wieder zu gewinnen. General Dix, der die neue mexicanische Politik am französischen Hofe einleiten soll, hat schon seine Familie nach Europa geschickt und wird selbst folgen, sobald die Wahlen in New-York vorüber sind. (Itt nach den neuesten Nachrichten schon eingetroffen.) In Mexico muß seine Politik eine feste Unterstützung der Quaranten gegen Maximilian nicht nur, sondern auch gegen Ortega und Santa Anna sein.“

[Über General Sherman's Mission] sagt die „New-York Times“:

„General Sherman's Sendung ist militärischer und diplomatischer Natur. Er geht, um den Minister Campbell in allen diplomatischen Beziehungen, die etwa wieder aufgenommen werden, zu unterstützen, und ist zugleich mit der Vollmacht ausgestattet, erforderlichenfalls Militärmacht zu verwenden. Daraus erhellt die Bedeutung seiner Aufgabe, und es ist dem Präsidenten darum zu thun, die Sache nicht nur in sichere und fähige Hände zu legen, sondern auch unsere Verbündeten sobald als möglich auf den Hauptplatz der Ereignisse zu bringen. General Grant, der ursprünglich für die Mission bestimmt war, ist wegen der Reorganisation nicht zu entbehren und so wurde General Sherman gewählt.“

[Staatssekretär Seward] hat einen herben Verlust erlitten; seine Tochter Fanny starb am 29. October, als man sie schon in der Befreiung glaubte. Miss Seward war das Lieblingkind ihres Vaters, sie war es, die ihren Vater vor Mörderhand bewahrte, indem sie sich dem auf

Vorträge und Vereine.

K. k. Breslau, 7. Novbr. [Kathol. Lehrerbverein.] In der Sitzung vom 6., welche im Gasthause zum gelben Löwen stattfand und vom Vorsitzenden, Schulen-Konsistorial-Komitee, mit Verlesung des Protocols der letzten Versammlung eröffnet wurde, erfolgten zunächst mehrere Mittheilungen: Bei den Schulen Nr. VI. und VII. sind vierter Käfer errichtet worden; — dem Canonicus Hrn. Eisler ist vom Vorstand für die dem Vereine geschenkten und von diesem der schlesischen kathol. Schullehrer-Wittwenklasse überreichten 500 Thlr. im Namen des Vereins ein Dankesbrief überstellt worden; — es wird beabsichtigt, im Laufe dieses Winters zum Beste der kathol. Schullehrer-Wittwen-Klasse ein Concert zu veranstalten. Damit dem Ertrage derselben nicht durch das nächstens zum Beste des Seminar-Jubiläums stattfindende Concert Eintrag geschehe, soll zwischen beiden ein längerer Zeitraum liegen. — Nachdem nun noch der Lehrer Bliemel als neu eingetretenes Mitglied dem Vereine vorgestellt worden, hielt Lehrer Großpietsch einen Vortrag über das Thema: „Welcher Bestand kann der Schule durch die häusliche Erziehung geleistet werden?“ Der Vortragende wies auf die Wichtigkeit der häuslichen Erziehung für das ganze spätere Leben des Kindes hin. Der Einfluss der Mutter auf das Kind ist unverzweigbar und wirkt in den Herzen bis ins Mannes- und Greisenalter fort. Räumlich habe die Schule Gelegenheit, diesen Einfluss kennen zu lernen. Leider ist er oft ein verderblicher und den Gemüthsbewegungen der Schule diametral entgegengesetzter. Damit nun die häusliche Erziehung mit der Schulerziehung Hand in Hand gehe und die eine durch die andere unterstützt werde, ist es Pflicht des Lehrers, jede Gelegenheit zu benutzen, die Eltern über die Zwecke der Erziehung aufzuklären und sie zu thätiger Mitwirkung zu bestimmen. Außerdem führt nun die einzelnen Punkte an, auf die es bei der religiösen, stiftlichen und physischen Erziehung des Hauses hauptsächlich ankommt und unterteilt dabei 3 Zeitschritte: die Zeit vor dem Eintritt in die Schule, die Zeit während der Schulzeit und die Zeit nach dem Austritt aus der Schule. — Über den Vortrag entspann sich eine äußerst lebhafte Debatte, an der sich besonders die Herren Steuer, Kuznik, Mehr, Deutschemann, Körning, Mader und Hahn beteiligten. — Die nächste Sitzung findet Anfang Dezember statt.

ch. Breslau, 8. Nov. [Stolzescher Stenographenverein.] In der Generalversammlung pro November berichteten die Herren Adam und Kohn über den Beginn ihrer Unterrichtsserie mit 25 resp. 11 Theatinermännern. Hierauf gedachte der Vorsitzende in warmen Worten des Verlustes, welchen der Verein durch den Tod seines Ehrenmitgliedes, des königl. Superintendents Hrn. Schneider in Persönlichkeit bei Breslau erlitten, eines langjährigen und eifigen Gönners und Freunde unserer Kunst, deren er sich bei seinen Privatbeiten durchgehends bediente. Der Kassirer wird ermächtigt, die der Kasse des Ostdeutschen Stenographenbundes seit der letzten Bundesversammlung erwachsenen Kosten nunmehr auf die einzelnen Bundesvereine zu repartieren und mit dem Abonnementsbetrag für das Bundesorgan einzuziehen. Hrn. Kohn teilt jedoch das Resultat des am 18. Oktober stattgefundenen Wettreibens mit. Es sind die Herren Albert, Lachwitz und Haselow als Sieger der demselben herborgegangen und entsprechend prämiert worden. Einigen vorgefallenen Neuanordnungen bezüglich der Auslage stenographischer Zeitschriften in verschiedenen öffentlichen Localen giebt die Verammlung ihre Zustimmung. Nach Mittheilungen aus Berlin wird seitens der Regierung beabsichtigt, dafselbst eine stenographische Akademie zu errichten.

○ Breslau, 13. Nov. [Frauen-Bildungs-Verein.] Gestern fand im Prüfungssaale der Töchterschule auf der Alten Taubenstraße die Generalversammlung des Vereins statt, in der zunächst folgende Mittheilungen gemacht wurden: Der Vorsitzende, Prof. Dr. Eberth, zeigte an, daß an Stelle des verdienstvollen Mitgliedes der Vereinsverwaltung, Herrn Kreidrich a. D. Jenker, der dem Vereine durch die Cholera entlassen worden, Herr Doctor Gleim eingetreten sei. Die vielfachen schriftlichen Arbeiten im Verein, die der Verstorbenen mit großer Bereitwilligkeit besorgt hatte, wird wahrscheinlich Herr Dr. Honigmann übernehmen. Aus der Verwaltung ist nunmehr auch Frau Oberlehrer Scholz ausgetreten. Der Vorstandsantrag, in Zukunft auch Nichtmitglieder gegen ein Eintrittsgeld von 2½ Sgr. Zutritt zu den Vorträgen zu gestatten, ward angenommen. Uebrigens ist die Kasse des Vereins in gutem Stande, da sie außer einer Summe von 80 Thlrn., die beim „Vorschubverein“ deponirt ist, noch hinreichenden Bestand zu den laufenden Ausgaben besitzt; die Rechnungslegung erfolgt in der Generalversammlung im Januar. Für künftig werden Kräfte gewonnen werden, welche den Verein durch angemessene Vorträge fördern und glaubt man auf freundliche Mitwirkung Hrn. Prof. Dr. Cohn's in Bezug auf Kunde der für Küche und Haushalt nützlichen Pflanzen hoffen zu dürfen. Eine weitere Sorge wird sein, die Lehrer für die Unterrichtsstunden zu honoriiren, die künftig am Mittwoch, Donnerstag und Freitag stattfinden werden. Für Ausbildung zu künftigem Erwerb ist zunächst kaufmännische Buchführung ins Auge gefasst und sind dem Lehrer der Handelswissenschaften, D. Silberstein, die betreffenden Schülerinnen (z. B. erst 4) überwiesen. In dem zweiten Zweige: der Ausbildung zu Kinderärztinnen ist das Bedürfnis hervorgetreten, ob die Herabbildung tüchtiger Kinderfrauen dem Frauen-Bildungs-Vereine nicht näher liege. Doch wird mit Frau Lachwitz weiter Rücksprache genommen werden. Auch das Nähernlernen an Nähmaschinen kann nicht unbedingt als fruchtbar für künftigen Erwerb der Mitglieder angesehen werden; das Gefüch auf Verwendung der Frauen in Staats-, Post- oder Telegraphendienst ist bekanntlich vom Ministerium abhängig, beschieden worden, da noch kein Bedürfnis vorliege. Ein Fragezettel: ob der diesige Frauenverein nicht wie z. B. in Königsberg einen Bazar für weibliche Arbeiten veranstalten wolle? wurde von Herrn A. Simson aus national-öster. Gründen verneint, sobald der Bazar eben materiellen Erwerb bezoche. Preiswürdige Arbeiten würden ebenso in Verkaufsläden angemessene Verwerthung finden.

○ Breslau, 9. Novbr. [Handwerker-Verein.] Herr Dr. Vinoff setzte gestern den jüngst gehaltenen Vortrag „über das Wesen der Arbeit“ fort. Er erinnerte zunächst an die Grundsätze seines früheren Vortrages, wonach Arbeit, anbend von jeder Lebensfähigkeit, selbst der unbewußten, zur Bewußtsein bewußter Werke des Einzelnen fortwährend, in der menschlichen Gesellschaft ihre eigenständige Geltung erlangt. Wenn die menschliche Arbeit Lebensbedingung derselben ist, so ist somit deren Recht und Pflicht gegeben. Sie darf nicht verklummt werden und Niemand, so lange er gesund, sich ihr entziehen. Aber auch die Willkür darf nicht herrschen in ihrer Wahl; ihr drittes Gesetz ist Harmonie; sie muß dem Bedürfnis der Gesellschaft entsprechen und sich danach in derselben einreihen. Deren Leben aber wird geregelt durch das Bedürfnis, so in geistiger Hinsicht als in materieller. Bedürfnis der Gesellschaft ist fortwährende Civilisation, darum hat die Frage: ob dieselbe zu weit gehen könne? keine Berechtigung, ebenso wenig das Zurückkehnen nach einem Naturzustande, der nur dem rohen Wilden entspreche. Weiter sprach der Vortragende über die Gezeuge, die Bedürfnisfrage, die Produktion und die Consumtion, den direkten Verkehr und die Speculation. Der Werth der Arbeit werde durch deren Güte einerseits und durch die Nachfrage andererseits bedingt. Andere Sachen aber dürfen die Arbeit nicht hemmen, ihr Gesetz ist, wie für unser Denken und Fühlen die Freiheit, so auch im Staat. Die Zunftshäfen müssen überall fallen, nur der freie Staat macht glücklich und zufrieden, aber der Staat ist eben nur frei, wenn wir selbst frei sind. Dazu ist aber auch das Bewußtsein dessen nötig, was wir leisten können. Dr. Vinoff wies ferner auf die Notwendigkeit einer angemessenen Vertretung der Arbeit auf dem zu wählenden Parlamente hin, ferner auf die Wichtigkeit der Anthropologie und der Social-Delenomie für die Gesellschaft, wie für die Erziehung, diese Vorträge gewissermaßen als Einleitung zur Besprechung dieser Wissenschaften in künftigen Vorträgen bezeichnend. — Hierauf teilte Herr A. Freyhan mit, daß die Mitglieder gegen Vorzeigung ihrer Vereinsfahne gegen 2½ Sgr. Einlaß in den „zooästhetischen Gärten“ finden.

○ Breslau, 12. Nov. [Gesundheitspflege-Verein.] Gestern Nachmittag waren die Mitglieder zur 2. diesjährigen General-Versammlung eingeladen. Der Vorsthende, Hr. Kaufmann, B. Hoffrichter bewilligte die wenigstens relativ zahlreicher erschienenen mit einigen Worten über das auch für den Verein so schwere, nun bald verflossene Jahr, freute sich indeß mittheilen zu können, daß die trotz der überstandenen Epidemie noch ganz günstigen Kassenverhältnisse eine außerordentliche Besteuerung der Mitglieder nicht nötig gemacht haben. Nach Abstättung des den Rentanten, Herrn Luschner, wie immer vollständigen Berichtes der Kosten-Revisionscommission durch Hrn. Schriftschafer Conrad, folgte der Krankenbericht des bisherigen Vereinsarztes, Hrn. Dr. Asch, der unter Hinweis auf die überstandene schwere und übervolle Zeit der Epidemie der anstrengenden Thätigkeit der Vereinsärzte gedachte, die um so mehr in Anspruch genommen worden seien, als ein Theil der Aerzte der Stadt durch die Mobilmachung entzogen worden, ein Theil derselben aber eine gesondere Lust anderwärts der Aussübung ihrer Praxis im verpesteten Breslau vorgezogen habe. Beuglich empfahl er, da seine Gesundheit und sonstigen Verhältnisse ihn veranlaßten, die bisher ihm stets so lieb gewesene Thätigkeit als Arzt im Gesundheits-Pflege-Vereine aufzugeben, und empfahl den jüngeren Freund und Verfassungen Dr.

med. Th. Körner als Nachfolger, der mit seiner Jugendkraft ebensoviel Pflichttreue und Eifer verbinde. Den Gesundheitsstand anlangend, habe sich die alte Erfahrung auch in der Choleraepidemie wiederum bestätigt, daß schnelle Hilfe eine Hauptbedingung der Heilung sei. Von 1. Januar bis 1. October seien 3760 Krankheitsfälle zur Anmeldung gekommen und von denselben inbegriffen der ins Gebiet der Cholera gehörigen überhaupt 3274 durch Heilung, 147 durch Beiseitung geheilt, gestorben seien 208 Personen, also 5% Prozent, an der Cholera ausschließlich seien 979 Erkrankungen zur Behandlung gekommen, von denen 808 Kranken genesen, 125 gestorben seien, also ca. 12 Prozent. Es betrage also auch bei der Cholera von den ca. 5500 Mitgliedern die Sterblichkeit nur 2½ Prozent. Von dem Vereine Abschiednehmend, dessen Mitglied er auch für die Zukunft bleibe werde, nahm Dr. Asch noch Gelegenheit, einige Worte über die Stellung der Vereinsärzte zu sprechen. Neben dem Nutzen für den Verein bietet dieselbe für den Arzt vielfache Gelegenheit, sich selbst zu üben und Erfahrung zu machen, von denen auch unangenehme oft durch ihre Lösung ein neues Bindemittel werden. Hierauf erinnerte Rentzendorf Luschner den Kassenbericht: Einnahme in den 3 letzten Quartalen incl. 746 Thlr. 9 Sgr. 7 Pf. Bestand aus vorigem Jahre, beträgt 3782 Thlr. 10 Sgr. 7 Pf.; Ausgabe 3048 Thlr. 18 Sgr., wobei allein 1619 Thlr. Arznei- und Verordnungen sind im Ganzen circa 12,000 gegeben worden, so daß noch ein Bestand von 733 Thlr. 25 Sgr. 10 Pf. verbleibt, also nur wenige Thaler Zuschuß nötig wären. Hoffentlich werden sich auch die Verleihverhältnisse bald bilden, so daß die Beiträge nicht zu viel und lange restieren. Der Personalbestand d. s. Vereins war bei Jahresbeginn 1866 1294 Nummern mit 5331 Personen, 72 Nummern mit 286 Personen traten zu, 130 mit 520 Personen schieden aus. Unter diesen befinden sich 58 Austrierte durch Tod oder Eintritt ins Militär. Hierauf kommen folgende Anträge des Verwaltungsrates zur Besprechung resp. Abstimmung:

1. Bestätigung des Dr. med. Körner als Vereinsarzt an Stelle des Dr. med. Asch; fällt einstimmig von den Mitgliedern des betreffenden Ohlauer-Therapeuts angenommen.

2. Erwählung des Dr. med. Asch zum permanenten Ehrenmitgliede des Vereins und Verwaltungsrates, einstimmig.

3. Gewährung einer Extravergütung an die 5 Herren Vereinsärzte, a. 25 Thlr. für jeden, mit großer Stimmenmehrheit. Schließlich wurde von dem Mitgliede Rommisch auch ein Antrag auf Gewährung einer Remuneration von 30 Thlrn. an die beiden Voten gestellt und nach einigen Debatten dagegen angenommen, daß dem Verwaltungsrat schließlich die Höhe und baldige Vertheilung derselben überlassen wurde. Mit der Verlesung des Protocols und der Collecte für die Kranken-Unterstützungskasse wurde die Sitzung geschlossen.

S. Dels, 9. November. [Vereinsleben.] Gestern fand nach längerer Zeit die erste Sitzung des hiesigen Gewerbevereins statt. Der Director deselben Herr Kreisphysikus Sanitätsrat Dr. Wossidlo eröffnete dieselbe mit einem Rückblick auf die vergangene schwere Zeit des Krieges und der Cholera-Epidemie. Leider hat die Seuche auch 4 Opfer aus der Mitte des Vereins gefordert, deren Andenken durch Erheben von den Blätzen geehrt wurde. Nach erfolgter Rechnungslegung, die ein äußerst günstiges Resultat ergab, wurden dem Zweck des Vereins entsprechende Vorräte gehalten. Glücklicherweise sind Männer genug vorhanden, die mit Ernst die Vereinszwecke im Auge haben.

Der Turnverein hat eine lange Ferienzeit hinter sich. Das frühere Local ist ihm in Folge Einrichtung derselben für Militär-Zwecke genommen und hat er endlich vom Schützenverein die Benutzung der Räumlichkeiten des Schießhauses genehmigt erhalten. Heute beginnt er seine Winter-Uebungen. Möchte ihm endlich die genügende Würdigung seines Zwecks durch größere Beteiligung zu Theil werden. Am vergangenen Mittwoch feierte der Männer-Gesang-Verein seines fast neu gekauften Flügel-Instruments. Er ist dadurch den Unannehmlichkeiten, die das Metthen mit sich bringt ein für alle Mal überhoben; auch dürfte gerade dieser Punkt das Vereinsleben entschieden haben.

Der Turnverein hat eine lange Ferienzeit hinter sich. Das frühere Local ist ihm in Folge Einrichtung derselben für Militär-Zwecke genommen und hat er endlich vom Schützenverein die Benutzung der Räumlichkeiten des Schießhauses genehmigt erhalten. Heute beginnt er seine Winter-Uebungen. Möchte ihm endlich die genügende Würdigung seines Zwecks durch größere Beteiligung zu Theil werden. Am vergangenen Mittwoch feierte der Männer-Gesang-Verein seines fast neu gekauften Flügel-Instruments. Er ist dadurch den Unannehmlichkeiten, die das Metthen mit sich bringt ein für alle Mal überhoben; auch dürfte gerade dieser Punkt das Vereinsleben entschieden haben.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Raumur.

	Barometer.	Lufttemperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 15. Nov. 10 U. Ab.	333,02	+0,3	S. 1.	Heiter.
16. Nov. 6 U. Mrq.	331,00	+1,4	S. 2.	Trübe.

Breslau, 16. Nov. [Wasserstand.] D.-P. 12 J. 10 J. U.-P. — J. 6 J.

[Breslauer Börse vom 16. November.] [Schluß-Course.] 1 Uhr Nachmittags: Rauschiges Papierfeld 79½% bez. Schles. Banknoten 79½% bez. 79½% bez. Schles. Rentenbriefe 91½% bez. Schles. Banknoten 86% bez. Destr. National-Anleihe 52 Br. Freiburger 142½ Br. Reiss.-Briger. — Oberschles. Litt. A. und C. 173½ Br. Wilhelmsbahn 51½ Br. Orlow.-Tarnowizer 75 Br. Destr. Credit.-Actien 58½% bez. u. Br. Schles. Bonn.-B. 1866r. Loos 63 Br. Amerikaner 75%—75 bez. Warschau-Wiener 58 Br. Minerwa 31 Br. — Weitere 200 Br. —

Breslau, 16. November. Preise der Cerealen.

Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

fein mittel ordin. fein mittel ordin.

Weizen weißer. 93—98 87 83—84 Gerste 58—60 54 48—52

do. gelber 89—92 86 82—84 Hafer 32—33 31 29—30

Roggen 68 67 66 Getreide 68—72 64 55—60

Notrirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktwerte von Raps und Rüben.

Raps 208 198 180 pr. 150 Psd. Brutto in Sgr.

Winterrüben. 190 180 168 pr. 16% Thlr. Br. 16½ Thlr. Od.

Sommerrüben. 170 180 150 pr. 1000 Ctr. Roggen. — Ctr. Hafer. — Ctr. Rapsflocken. — Ctr. Rüben. — Ctr. Leindl. — Ctr. Spiritus.

Offiziell gekündigt: — Ctr. Weizen. 1000 Ctr. Roggen. — Ctr. Hafer. — Ctr. Rapsflocken. — Ctr. Rüben. — Ctr. Leindl. — Ctr. Spiritus.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Karlsruhe, 16. November. Die „Karlsr. Stg.“ meldet: In der

ersten Nacht starb Dom Miguel, Herzog von Braganza, auf dem

Schloß Brunnbach bei Wertheim an einem Schlaganfall.

(Wolffs L. B.)

Madrid, 14. Nov. Die spanische Flotte wird nicht nach Malta gehen.

Rom, 14. Nov. Das den Hofkreisen des Palast Farnese zugeschriebene Rundschreiben zur Aufreihung der reactionären Partei in Neapel wird heute vom „Osservatore Romano“ für apokryph erklärt.

Berichte aus Canada melden, daß die zum Tode verurtheilten Fenier begnadigt worden sind.

Nachrichten aus Mexico zufolge haben Truppen der Vereinigten Staaten Ortega verhaftet.

Petersburg, 14. Novbr. Die russisch-amerikanische Telegraphenlinie wird im Monat Juli bis Nicolajewsk beendet sein, früher als der von Amerika aus zu bauende Theil. Ostwärts sind neuerdings 785 Werst vollendet worden.

Paris, 15. Novbr. Nachm. 3 Uhr. Die Haltung der Börse war

eine sehr seife. Die 3proc. die zu 69, 27½ eröffnet hatte, stieg schließlich auf

Notiz. Consols von Mittags 1 Uhr waren 88% gemeldet. — Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 50. Ital. Rente 55, 90. 3proc. Spanier 1proc. Spanier. — Destr. Staats-Eisenbahn-Actien 418, 75. Credit-Actien 633, 75. Lombard. Eisenbahn-Actien 413, 75. Oesterreich. Anleihe von 1865 pr. opt. 320. — 3proc. St. pr. 1882 79%.

Paris, 15. Novbr. Nachm. Bankausweis. Vermehrt: Bankseufille um 17. Notenumlauf um 8, laufende Rechnungen der Privaten um 9% Mill. Frs. Vermindert: Baubvorwahl um 3%, Gutshaben des Schatzes um 1 Mill. Frs. Vorschüsse auf Wertpapiere unverändert.

London, 15. Novbr. Nachm. 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 88%. 1proc. Spanier 32. Sardinier. — Italien. 5% Rente 54%. Lombard. 16%. Mercanier 17%. 5proc. Russen 89. Russen Außen 88%. Silber. — Lst. Anleihe 1865 32%. 3proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1852 69%. — Regierich.

London, 15. Novbr. Abends. [Bankausweis.] Notenumlauf 23,276,815

(Abnahme 284,485), Baubvorwahl 17,144,607 (Bunahme 253,001), Noten-

reserve 7,807,87